



Niederschrift Nr. 17

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 14. Dezember 2010 von 18:00 Uhr bis 20:20 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Furtwangen

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Herdner

Zahl der anwesenden Mitglieder: 18 + BM = 19 (Normalzahl: 19)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder: Stadtrat Dr. Stefan Scheit bis 18.21 Uhr
Stadtrat Roland Thurner bis 18.40 Uhr
Stadtrat Stefan Schonhardt bis 18.46 Uhr

Schriftführer: Dr. Ludger Beckmann

Stadtverwaltung: Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Wehrle,
Frau Grieshaber, Herr Baumer, Herr Wekker, Herr Dold, Herr Wolff

Sonstige: ./.

Besucher: 5

Presse: 2

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **07.12.2010** ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **08.12.2010** ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift **Stadtrat Norbert Staudt** und **Stadtrat Franz Sauter** bestimmt werden.

TOP 1 Aktuelle Stunde

TOP 1.1 Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

Bürgermeister Herdner begrüßt die Zuhörer und die Presse.

Zum Streit um die angebliche Bevorzugung der Innenstadtvereine gegenüber den Rohrbacher Vereinen erklärt Bürgermeister Herdner, dass diese Aussage von keinem Mitarbeiter der Verwaltung getroffen worden sei. Es seien eher Vereinsvorsitzende gewesen, die dieses geäußert hätten. Er betont, dass alle Vereine zum Zuge kommen sollen. Für Rohrbach bestehe in Sachen Veranstaltungsräume tatsächlich Handlungsbedarf. Im kommenden Jahr 2011 werde die Situation durch den Umstand erschwert, dass auch das 100 Jahre Jubiläum der Friedrichschule mit zu einem erhöhten Festaufkommen in der Festhalle führe. Grundsätzlich sollten auch Ortsteilvereine in der Festhalle zu Zuge kommen.

TOP 1.2 Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

Der Bericht wird von Bürgermeister Herdner abgegeben:

Friedhofsordnung und Satzung zur Änderung der Bestattungsgebührenordnung
Die Friedhofsordnung und die Satzung zur Änderung der Bestattungsgebührenordnung wurden öffentlich bekannt gemacht und beim Landratsamt angezeigt.

Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe (Kurtaxesatzung)

Die Satzung über die Erhebung einer Kurtaxe (Kurtaxesatzung) wurde öffentlich bekannt gemacht und beim Landratsamt angezeigt.

Eigenbetrieb Wasserwerk: Einführung einer Konzessionsabgabe; Aufgabe Gewinnverzicht

Konzessionsabgabe wurde nicht beschlossen. Die Wirtschaftspläne wurden überarbeitet und dem Gemeinderat zur Sitzung am 14.12.2010 neu vorgelegt.

Beschlussfassung Haushaltskonsolidierungskonzept; Umsetzung von Sparmaßnahmen

Das Haushaltskonsolidierungskonzept mit den beschlossenen Maßnahmen wurde der Rechtsaufsichtsbehörde am 01.12.2010 vorgelegt.

Einbringung des Haushalts 2011; 1. Lesung

Der Haushaltsplan wurde eingebracht. Die Synopse mit den Änderungen wurde dem Gemeinderat am 08.12.2010 zur Verfügung gestellt.

Gesplittete Abwassergebühr: Urteil des Verwaltungsgerichtshof vom 11.03.2010 zur Zulässigkeit des Frischwassermaßstabs

Der Beschluss kommt mit der Satzung zum Tragen.

Bauvorhaben: Neubau von drei Studentenwohnhäusern und einem Wohn- und Betriebsgebäude auf den Grundstücken Ecke Baumann-/Bahnhofstraße

Das Einvernehmen zum Bauvorhaben und den beantragten Befreiungen wurde am 17.11.2010 an das Landratsamt übermittelt.

Auftragsvergabe: Kinderhaus Furtwangen/Einrichtung zur Kleinkindbetreuung, Bahnhofstraße 7 Furtwangen, Umnutzung und Teilumbau des bestehenden Anwesens

Der Auftrag zur Ausführung der Innentüren, Zargen, T-30 Elemente ist erteilt.

Skiinternat Furtwangen Baden-Württemberg GmbH.

TOP 2 aquavilla GmbH: Gesellschafterbeteiligung der Gemeinde Schönwald

Vorlage: GR 138

Bürgermeister Herdner hält den kurzen Sachvortrag. Er weist darauf hin, dass die Beteiligung anderer Kommunen bereits bei der Gründung beabsichtigt gewesen sei. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Bürgermeister Herdner stellt fest, dass die Vorlage zur Kenntnis genommen wurde.

Beschluss:

Die Gesellschafterbeteiligung der Gemeinde Schönwald an der aquavilla GmbH, bei Änderung der Stammeinlagen durch Anteilsabtretung von GmbH-Geschäftsanteilen, wird zur Kenntnis genommen.

TOP 3 Auftragsvergaben

TOP 3.1 Aufbereitungsanlage mit Bau eines Hochbehälters und Quellsanierungen Mäderstal/Dilgerhof; Vergabe von Bauleistungen - Quellzulaufleitung Dilgerhof Vorlage: GR 139

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag.

Herr Dold ergänzt, dass die Zusage der Zuwendung bereits eingegangen ist.

Für die CDU-Fraktion erklärt Stadtrat Dorer, dass man grundsätzlich positiv zum zweiten Bein stehe. Er möchte nur wissen, warum man zunächst einen 40%igen und dann einen 20%igen Zuschuss bekomme. Weiterhin drängt er darauf, dass mit den Pächtern wegen der Bauzeit Absprachen getroffen werden.

Herr Dold erklärt hierzu, dass der Bau eines neuen Hochbehälters zu Quellsanierungen der Mäderstal- und Dilgerhofquellen mit einem Satz von 40% statt des aktuellen Fördersatzes 20% gefördert werden könnten. Dies gelinge deswegen, weil diese Maßnahme in laufende Vorhaben aufgenommen werden könnten. Dies sei vom Regierungspräsidium und vom Landratsamt zugesagt worden. Die Kosten für das Gebäude und die Aufbereitungsanlage betrügen rund 836.000,00 Euro, die Förderung beläufte sich auf 384.000,00 Euro.

Herr Dold erinnert daran, dass das Rohwasser der Mäderstalquellen nicht der Trinkwasserverordnung entsprechen würde und deshalb aufbereitet werden müsse. Er bedanke sich ausdrücklich bei den Behörden für deren Unterstützung. Bei der Ausführung der Arbeiten würden die Pächterwünsche weitestgehend berücksichtigt. Im Mäderstal werde man mit allen Beteiligten Gespräche führen. Dies werde vor der Vermessung geschehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Bauunternehmung Hermann GmbH, Auf dem Moos 4, 78120 Furtwangen, wird zum Angebotspreis von netto Euro 78.066,13 Euro (brutto 92.898,69 Euro) beauftragt, die erforderlichen Erd- und Verlegearbeiten für die Quellzuläufe der Dilgerhofquellen, auszuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

**TOP 3.2 Kinderhaus Furtwangen/Einrichtung zur Kleinkindbetreuung Bahnhofstraße 7
Furtwangen Umnutzung und Teilumbau des bestehenden Anwesens;
Rauchschutzelemente und Schlosserarbeiten
Vorlage: GR 143**

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag.

Auf seine Anfrage bezüglich der eingegangenen Angebote wegen der Innentüren, wird Stadtrat Biehler erklärt, dass insgesamt von den drei Angeboten nur eines aus Furtwangen kam.

Stadtrat Hog möchte wissen, warum bei Rauchschutz die ursprüngliche Schätzung bei 18.000,00 Euro lag und nun schon 34.000,00 Euro vergeben sind. Wo seien dort Einsparungen gemacht worden.

Nach Herrn Baumer sei die Ausschreibung mit Alternativen erfolgt. Aufgrund der Preissteigerungen werde der Fluchtweg nicht gemacht, dafür werde der Umbau der Rauchschutztüren erfolgen. Laut Brandschutzaufgaben seien sechs statt fünf der sogenannten Paniktüren einzubauen. Im Alarmfall werde die automatische Öffnung dieser Paniktüren zentral gesteuert.

Stadtrat Kern geht auf die Position Kosten und Finanzierung der Vorlage ein. Hier sei noch der Betrag von 820.000,00 Euro erwähnt. Auch die Übertragungen von Geldern seien ungenau. Er wünscht aktuellere Angaben.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Nach abgeschlossener Prüfung der Angebote wird der Firma Scherzinger OHG, Schreinerei Metallbau, Marktplatz 2, 78120 Furtwangen, der Auftrag für die Rauchschutz-Türelemente mit der Vergabesumme von 34.424,81 Euro erteilt.
2. Nach abgeschlossener Prüfung der Angebote wird der Firma Metallbau Fehrenbach GmbH, Mühlewiesenstraße 6, 79877 Friedenweiler-Rötenbach der Auftrag für die Schlosserarbeiten mit der Vergabesumme von 44.913,58 Euro erteilt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja, 5 Nein.

TOP 3.3 Heizungsanlage Otto-Hahn-Gymnasium

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

TOP 4 Feststellung des Wirtschaftsplanes

**TOP 4.1 Eigenbetrieb Wasserwerk
Vorlage: GR 140**

Bürgermeister Herdner weist in seiner kurzen Einleitung darauf hin, dass man eine Konzessionsabgabe nicht einführen werde.

Herr Dold hält den Sachvortrag. Die Wirtschaftspläne seien geändert worden, sie hätten nun einen aktuelleren Stand. Die Kapitalzuführung wurde nun herausgestrichen. Eine Veränderung der Einnahme wurde nicht vorgenommen. Die Ansätze im Ausgabenbereich sind teilweise erhöht.

Stadtrat Kern beklagt sich darüber, dass man in sechs Wochen zweimal die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe behandelt habe. Zukünftig solle zunächst der Stadthaushalt stehen, dann sei eine Beratung der Wirtschaftspläne erst möglich. Stadthaushalt und Eigenbetriebe gehörten zusammen. Er habe kein Verständnis für das jetzige Vorgehen.

Stadtrat Sauter stimmt Stadtrat Kern zu. Es komme zu einer Verschiebung der Eigenkapitalentnahme. Die neu aufgenommenen Gelder müssten verzinst werden. Sie müssten dann in die Gebühren übernommen werden. Abschließend weist Stadtrat Sauter darauf hin, dass die Eigenkapitaldecke der Eigenbetriebe dünn sei.

Herr Dold schließt, dass die Angelegenheit nun vom Tisch sei, deswegen müsse eine Änderung der Wirtschaftspläne vorgenommen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2010 aufgrund von § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) und §§ 7 bis 10 der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) i. V. mit §§ 86, 87 und 96 der Gemeindeordnung (GemO) den Wirtschaftsplan 2011 wie folgt festgestellt:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für die Wirtschaftsjahre 2011 wird festgesetzt mit den Einnahmen und Ausgaben

von je	2.367.300 Euro
davon im Erfolgsplan	1.098.300 Euro
im Vermögensplan	1.269.000 Euro

§ 2 Kredite

Der Gesamtbedarf der für den Eigenbetrieb Wasserwerk im Vermögensplan vorgesehenen Kreditaufnahmen wird für das Wirtschaftsjahr 2011 auf 632.400 Euro festgesetzt.

§ 3 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 219.000 Euro festgesetzt.

§ 4 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag der im Vermögenshaushalt vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 0 Euro.

§ 5 Stellenplan

Der Stellenplan ist Bestandteil des Wirtschaftsplanes.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja (einstimmig).

TOP 4.2 Eigenbetrieb Technische Dienste **Vorlage: GR 141**

Bürgermeister Herdner leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Kern verweist auf den Erfolgsplan des Eigenbetriebes. Hier stellt er fest, dass die Arbeiten für die Stadt, in diesem Fall im Verwaltungshaushalt der Stadt, mit 1.268.300,00 Euro ausgewiesen sind. Es läge aber eine Differenz von 800,00 Euro zum Stadthaushalt Ausgabenposition vor. Eine Zahl müsse stimmen. Beide Haushalte müssten übereinstimmen. Weiterhin möchte er etwas zu den 10.000,00 Euro Einnahmen aus dem Vermögensstadthaushalt wissen.

Herr Dold erwähnt hierbei die Veränderung wegen der Kapitalaufnahme. 10.000,00 Euro Aufträge seien eine Merkposition.

Stadtrat Kern betont nochmals, dass die Wirtschaftspläne und der Stadthaushalt verzahnt sein müssten. Dies werde von der Prüfung nachgeschaut. Diese 10.000,00 Euro ließen sich im Vermögenshaushalt nicht wiederfinden.

Herr Dold erklärt hierzu, dass Sonderaufträge auf die Maßnahme berechnet würden.

Stadtrat Kern wiederholt abermals, dass er eine Auswertung vorgenommen habe und die Zahlen nicht übereinstimmten.

Nach Herrn Dold sei dies eine alte Version vor der Korrektur.

Stadtrat Jung beklagt sich darüber, dass er dieses in einer Excel-Datei nachgearbeitet habe. Er klagt über die Vorlage der Verwaltung.

Stadtrat Kern legt Wert auf die Feststellung, dass die Verrechnung des Eigenbetriebs Technische Dienste zum Kämmereihaushalt den Betrag von 1.229.300,00 Euro ergebe und nicht, wie es ausgewiesen sei.

Herr Wekker weist darauf hin, dass die Synopsezahlen in der Excel-Tabelle nicht verändert seien.

Stadtrat Kern fragt nach den 60.000,00 Euro Sonderaufträgen im Verwaltungshaushalt.

Dies sei nach Herrn Wekker im Budget des Unterhaltungsaufwandes.

Bürgermeister Herdner weist darauf hin, dass die 60.000,00 Euro in der Synopse erhalten seien.

Stadtrat Kern wünscht noch weitere Erläuterungen.

Herr Dold erklärt hierzu, dass es damals Wunsch des Gemeinderates gewesen sei, Daueraufträge von Jahr zu Jahr auszuweisen. Sonderaufträge müssten dann anders ausgewiesen werden. Leistungen würden im Stadthaushalt nicht als Aufträge des Eigenbetriebes erscheinen.

Stadtrat Kern bedauert die Zeit, die Herr Jung und er selbst in die Bearbeitung gesetzt hätten. Beide zusammen hätten 25 Seiten mit Excel-Tabellen voller Zahlen durchgearbeitet. Er möchte es nicht mehr erleben, dass hinterher gesagt werde, dass die Zahlen

nicht stimmten.

Stadtrat Jung bedauert, dass jetzt gesagt werde, das sei alles Makulatur.

Stadtrat Kern schließt, dass die Minuszahlen in den Tabellen umformatiert und geändert werden sollten.

Stadtrat Kühne fordert, dass der Beschluss nur unter dem Vorbehalt der Korrektur um die 800,00 Euro Differenz erfolgen könne. Diese sei zuvor aufzuklären.

Dieser Vorbehalt wird von Bürgermeister Herdner aufgegriffen. Er sei Teil des Beschlusses. Der Beschlussvorschlag sei folgendermaßen zu ergänzen: Vorbehaltlich der Korrektur von Unstimmigkeiten mit dem Stadthaushalt hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 14.12.2010 aufgrund von § ... den Wirtschaftsplan 2010 wie folgt festgestellt. Diesen geänderten Beschlussvorschlag stellt Bürgermeister Herdner zur Abstimmung:

Beschluss:

Vorbehaltlich der Korrektur von Unstimmigkeiten mit dem Stadthaushalt hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 14.12.2010 aufgrund von § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) und §§ 7 bis 10 der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) i. V. mit §§ 86, 87 und 96 der Gemeindeordnung (GemO) den Wirtschaftsplan 2010 wie folgt festgestellt:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 wird festgesetzt mit den Einnahmen und Ausgaben von je

	1.585.200 Euro
davon im Erfolgsplan	1.469.200 Euro
im Vermögensplan	116.000 Euro

§ 2 Kredite

Kreditaufnahmen sind keine vorgesehen.

§ 3 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 293.800 Euro festgesetzt.

§ 4 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag der im Vermögenshaushalt vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 0 Euro.

§ 5 Stellenplan

Der Stellenplan ist Bestandteil des Wirtschaftsplanes.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich Ja (16 Stimmen), 2 Enthaltungen.

TOP 4.3 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Vorlage: GR 142

Stadtrat Kern weist auf Differenzen in den Einnahmen des Kämmereihaushaltes und den Ausgaben des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung in Bezug auf den Verwaltungs-kostenbeitrag hin.

In den Einnahmen des Kämmereihaushaltes seien 100.000,00 Euro Einnahmen ausgewiesen, während in den Ausgaben des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung 107.000,00 Euro zu rechnen seien.

Herr Dold erklärt dieses damit, dass ein erhöhter Verwaltungshaushaltsansatz wegen der gesplitteten Abwassergebühr berechnet worden sei. Es komme zu Mehrarbeit im Bauamt.

Stadtrat Kern verweist auf Rundungsfehler und bittet darum, im Stadthaushalt 7.000,00 Euro erhöht aufzunehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung für das Wirtschaftsjahre 2011 wird wie folgt festgestellt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14. Dezember 2010 aufgrund von § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) und §§ 7 bis 10 der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) i. V. mit §§ 86, 87 und 96 der Gemeindeordnung (GemO) den Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 wie folgt festgestellt:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 wird festgesetzt mit den Einnahmen und Ausgaben

von je	3.078.200 Euro
davon im Erfolgsplan	1.613.600 Euro
im Vermögensplan	1.464.600 Euro

§ 2 Kredite

Der Gesamtbedarf der für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung im Vermögensplan vorgesehenen Kreditaufnahmen wird für das Wirtschaftsjahr 2011 auf 718.600 Euro festgesetzt.

§ 3 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 322.000 Euro festgesetzt.

§ 4 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag der im Vermögenshaushalt vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 0 Euro.

§ 5 Stellenplan

Der Stellenplan ist Bestandteil des Wirtschaftsplanes.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja, 2 Enthaltungen.

Bürgermeister Herdner übergibt den geänderten Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011. Aufgrund der Dienstrechtsreform war der Eintrag des Bürgermeisters zu ändern.

Bürgermeister Herdner geht nun zu den Stellungnahmen der Fraktionen über. Er übergibt als erstes Herrn Stadtrat Prof. Kühne das Wort.

Stadtrat Prof. Kühne beginnt mit seiner Rede um 18.50 Uhr:

Es habe nicht alles so geklappt, wie man sich das vorgestellt habe. Dies gelte auch für die elektronische Verteilung. Aufgrund der neuen Zahlen erhalte man möglicherweise einen genehmigungsfähigen Haushalt. Man unterstütze alle Maßnahmen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Die Fehlbeträge seien nicht so hoch, wie man am Anfang befürchtet habe. Gemessen an ihrer Einwohnerzahl habe die Stadt jedoch eine zu große und zu gute Infrastruktur. Man werde Sparmaßnahmen unterstützen, sofern sie die Attraktivität der Stadt nicht belasten. Ein Kaputtsparen werde es mit der CDU nicht geben. Man unterstütze nicht die Schließung des Freibades. Die Fraktion stehe zum Kinderhaus. Die 50 Betreuungsplätze reichten aber nicht aus. Man wolle die Stellenbesetzungssperre beibehalten. Dies gelte auch für die Haushaltssperre. Auch sollten Bewirtschaftungskosten und Verträge auf Kündbarkeit überprüft werden. Permanent angepasst werden müssten die Kostendeckungsgrade der einzelnen Einrichtungen. Man wolle keine pauschale Vereinsförderung. Man wolle ein Gesamtschulkonzept und stehe hierbei zur Friedrichschule und zur Grundschule in Neukirch. Die Friedrichschule solle zentrale Grundschule sein. Man stehe zum Verkauf von Gebäuden.

Stadtrat Prof. Kühne wiederholt, dass die Fraktion zum Kinderhaus stehe, auch wenn sie das Vorgehen des früheren Bürgermeisters massiv missbillige. Er wünsche sich unter anderem ein Parkierungskonzept, vor allem im Hinblick auf die Expansion der Hochschule, sowie die Fenstersanierung am OHG und ein neues Gewerbegebiet. Ansiedlungswilligen sollten attraktive Angebote gemacht werden. Die anvisierten Maßnahmen in Linach und Rohrbach sollten von eigenem Personal geplant werden. Die Fraktion beantrage eine Erhöhung des Ansatzes der Gewerbesteuer für 2011 auf 3,8 Mio. Euro. Dies bringe auch eine verringerte Zuführung vom Vermögenshaushalt. Stadtrat Prof. Kühne schließt mit dem Hinweis auf die Verantwortung des Kreises in Bezug auf die verbesserte medizinische Versorgung.

Um 18.59 Uhr erhält Stadtrat Jung für die F.W.V./FDP-Fraktion das Wort:

Eingangs lobt er die Vorteile des digitalen Systems. Es führe zu einer offenen Diskussion. Er bedanke sich bei der Verwaltung für die Vorlagen.

Stadtrat Jung kritisiert die Qualität des vorgelegten Datenmaterials. Er sehe keinen Anlass, den Konsolidierungskurs zu verlassen. Bei der Kleinkindbetreuung sei der Weg umstritten. Nun koste das Kinderhaus sechsmal mehr als dem Rat vorgemacht worden sei. Die Zuschussrückzahlung in Höhe von 198.000,00 Euro am Otto-Hahn-Gymnasium sei für ihn ein Schlag ins Gesicht. Er verlange eine Prüfung, ob grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz der früheren Verwaltungsführung vorliege. Eine Forderung für die Zukunft sei, dass man auf alle Investitionen noch einen kritischeren Blick werfe. Die Führung des Freibades in ehrenamtlicher Weise werde unterstützt. Es sei davon auszugehen, dass die Rücklagen mangels Werthaltigkeit der Forderungen nicht gedeckt seien. Der Aufbau von Rücklagen werde ein Wunschthema bleiben. Im Jahre 2011 sei die Gefahr, weitere Fehlbeträge aufzubauen, nicht gebannt. Das Projekt in Linach ermögliche zwar einen genehmigungsfähigen, aber keinen ausgeglichenen Haushalt. Trotz aller Konsolidierungsbemühungen fehlten rund 675-830.000,00 Euro für einen ausgeglichenen Haushalt.

Stadtrat Jung verweist auf die nicht kalkulierbaren Ausgaben für Winterdienst und Winterschäden. Man solle auch den Unterhaltungsaufwand nicht schön rechnen. Er fordere weiterhin die Parkraumbewirtschaftung und ein Parkraumkonzept. Der tendenziell stetig wachsende Aufwand für Schule und Bildung müsse durch Sparsamkeit in anderen Bereichen kompensiert werden. Schließlich befürchtet Stadtrat Jung, dass der Ansatz für die Kreisumlage zu niedrig angesetzt sei. Am Ende des Jahres 2011 werde

man mit 22,5 Mio. Euro einen Schuldenrekord erreicht haben. Dennoch dürfe die Stadt nicht die Erschließung von Gewerbegebieten aus den Augen verlieren. Für die Grundstücke am Oberen Bühl brauche es ein offensiveres Vermarktungskonzept. Mit den Worten, dass er sich keine weiteren Leichen im Keller wünsche, schließt Stadtrat Jung um 19.12 Uhr seine Rede.

Stadtrat Hog erhält nun das Wort seitens der SPD-Fraktion:

Er beginnt seine Rede mit einem Dank an die Verwaltung. In 2011 werde wohl kein Fehlbetrag entstehen, dies liege wohl an der Zuführung vom Vermögenshaushalt. Im Namen der SPD-Fraktion stellt er den Antrag, den Gewerbesteueransatz für 2011 um 200.000,00 Euro zu erhöhen. Kostenersparnisse werden durch Fremdvergaben an Firmen möglich. Dies sei im Einzelfall und ohne betriebsbedingte Kündigung zu entscheiden. Er wundere sich über die sinkenden städtischen Mieteinnahmen. Hier sei eine Überprüfung notwendig. Die Kosten für die Kindergärten liefen davon. Bereits jetzt zahle die Stadt davon 92%. Aus diesem Grunde fordert Stadtrat Hog eine Überprüfung, ob es nicht sinnvoll sei, die Kindergärten vollständig in städtische Regie zu übernehmen. Ein Personalpool sei immer noch nicht verwirklicht. Man stehe zum Kinderhaus. Das Zustandekommen desselben schmerze ihn aber. Im Vermögenshaushalt seien keine nennenswerten Projekte ausgewiesen. Er bittet den Bürgermeister, von der politischen Seite die Rückzahlung der 190.000,00 Euro zu verhindern. Mit Blick auf die Finanzplanung sieht Stadtrat Hog Probleme bei der Unterbringung der Feuerwehr. Den geplanten Umzug der Feuerwehr ins Gebäude der Technischen Dienste sieht er nicht nur wegen der Kosten von 1 Mio. Euro kritisch. Er frage sich, wohin mit den bisher dort angesiedelten Einrichtungen. Bald angehen müsse man die Dach- und Fenstersanierung am Otto-Hahn-Gymnasium. Dringend saniert werden müsse auch die Bregstraße zwischen Ilbenstraße und Linacher Kreuz. Verzichtbar sei aus SPD-Sicht der Ausbau eines Geh- und Radweges entlang der hinteren Martin-Schmitt-Straße. Eine Schließung des Freibades sei ein Schritt in die falsche Richtung. Er bejahe eine Übernahme durch einen Verein. Wegen der wetterbedingten Nachteile sei es für die älteren Bürger wünschenswert, dass ein Stadtbus eingerichtet werde. Schließlich solle man ein weiteres Gewerbegebiet ausweisen und die Hochschule in Furtwangen unterstützen. Er erklärt für die SPD-Fraktion die grundsätzliche Zustimmung zum Haushaltsplan 2011.

Für die UL-Fraktion hält Stadtrat Prof. Dr. Mescheder ab 19.23 Uhr seine Rede:

Er möchte strukturelle Fragen in den Vordergrund stellen. Es gebe eine Schiefelage zwischen den Einnahmen und Ausgaben. Ein Mittelwert von 7 Mio. Euro Gewerbesteuererinnahme sei zu optimistisch, eher müsse man von 6 Mio. Euro ausgehen. Er hätte sich eine andere Realisierung des Kinderhauses gewünscht. Im Grundbuchamt sei es zu einer Personalbereichseinsparung gekommen. Beim Freibad fehle ihm die Entlastung des Technischen Dienstes. Er möchte seinen Vortrag in drei Bereiche einteilen: Einsparungen, a) die nicht merkbar seien, b) als eingeschränkte Leistungen und c) die weh tun. Einsparungen, die für den Bürger nicht bemerkbar seien, seien vor allem im Bereich der Verwaltung. Hier gehe es um Prozessverbesserungen. Die Kosten für das Personal seien im Mittel der letzten 10 Jahre von 2000 bis 2010 pro Jahr um 1% erhöht worden. Das Personal wurde somit gehalten, dies bei sinkender Bevölkerung. Die Stellenbesetzungssperre müsse man beibehalten. Er schlägt vor, die Geschäftsprozesse im Rathaus zu verbessern. Warum solle man nicht einen Wettbewerb der guten Ideen samt Prämien ausschreiben? Einsparmöglichkeiten seien im Personalmanagement möglich. Künftig könne das Bauamt z. B. das BZ-Verfahren abwickeln. Synergien seien möglich, indem z. B. die Technischen Dienste und das Tourismusbüro ins Rathaus integriert werden. Er sei für eine Verschlinkung der Hierarchien. Als zweites geht Stadtrat Prof. Dr. Mescheder auf Einsparungen als eingeschränkte Leistung ein. Hier nennt er die Pflege des Friedhofes und die Öffnungszeiten des Bürgerbüros. Er lehne aber eine Winterdienstseinsparung ab. Schließlich nennt er Einsparungen, die weh tun würden. Er bedaure, dass offensichtlich die Paketlösungen verlorengegangen zu sein scheinen. Man gehe den Weg mit, die Grundschulen am Ilben zu

konzentrieren. Er bedaure, dass langfristige Planungen nicht richtig gesetzt seien. Die Sanierung des Altbaus des Otto-Hahn-Gymnasium gehe vor der Baumannstraße. Auch sei die Rückverlagerung der Touristinfo ins Rathaus wichtiger als das Bürgerbüro. Er lehne einen Verkauf des Stadtwaldes ab. Er ziehe als Fazit, dass man bei den Einsparungen nicht fleißig war. Man könne dem Haushalt nicht zustimmen. Hier fehle es vor allem an der Kreativität im Personalmanagement.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder beendet seine Rede um 19.36 Uhr.

Bürgermeister Herdner übernimmt das Wort und erklärt, dass der Haushalt auf tönernen Füßen stehen würde. Er sehe keinen Ansatz zu einem tollen Höhenflug. Er befürworte Einsparungen, lehne Kaputtsparen ab. Man müsse zukünftig das Augenmerk auf Gewerbeansiedlungen richten. Es sei eine Menge Arbeit zu tun, um die finanzielle Schiefelage auszugleichen. Die Realisierung seines Wunschtraums einer Rücklage sei eine harte Nuss. Die interne Richtlinie der Verwaltung gelte auch weiterhin: Unabweisbare Maßnahmen müssten begründet werden. Es stünden nun Anträge auf Anhebung der Gewerbesteuer auf der Tagesordnung. Die CDU fordere 3,8 Mio. Euro, F.W.V./FDP und SPD 3,7 Mio. Euro als Ansatz. Die 3,7 Mio. könne er mittragen und vorschlagen. Bei 3,8 Mio. scheine es ihm möglich zu sein.

Die 3,8 Mio. Euro als Gewerbesteueransatz sei der weitergehende Antrag, den er hiermit zur Abstimmung stelle:

Abstimmungsergebnis: 13 Ja, 6 Nein. Somit ist der Antrag angenommen.

Nach Herrn Wecker ergebe dies eine Gewerbesteuerumlage von 783.000,00 Euro. Er leitet anschließend zur Synopse vom 14.12.2010 über und geht die einzelnen Positionen durch. Er verweist hier insbesondere auf die erhöhten Kindergärtenlandeszuweisungen. Auch die Schlüsselzuweisungen an mangelnder Steuerkraft werden voraussichtlich höher ausfallen, als bisher angenommen. Dem gegenüber würde sich die Finanzausgleichsumlage verringern. Im Vermögenshaushalt ergebe sich die Möglichkeit einer Teilabdeckung des Fehlbetrags aus 2009 in Höhe von 299.800,00 Euro als Alternative zu einer Rücklagenbildung. Im Folgenden geht er zur Finanzplanung über und behandelt die einzelnen Positionen.

In der folgenden Diskussion meldet sich als erster Stadtrat Kern. Die Finanzplanung sei zwar gut gemeint, schlage aber voll ins Leere. Zur Finanzplanung gehöre auch die Entwicklung des Verwaltungshaushaltes bis 2014. Wenn er so etwas nicht habe, könne er hierüber nicht diskutieren. Es sei alles ein abstrakter Wunschkatalog.

Stadtrat Prof. Kühne äußert sich dazu, dass das Parkierungssystem in die mittelfristige Finanzplanung hineingehöre. Ein Mittelwert bei der Gewerbesteuer in Höhe von 6,1 Mio. Euro gebe es erst ab 2014. Man müsse auch die Kostensteigerungen im Personalbereich hineinrechnen. Ohne einen Vorbehalt redaktioneller Änderungen gebe es keinen Beschluss. Zu einer Verschiebung der Beschlussfassung ist er noch geteilter Meinung. Die mittelfristige Finanzplanung sei einfacher darstellbar. Man solle nun aber zum Ende kommen, vielleicht sogar Teilbeschlüsse fassen.

Stadtrat Jung erklärt hierzu, dass er hier nicht mitspielen werde. In der mittelfristigen Finanzplanung steckten zu viele Luftschlösser. Hier mache er nicht mehr mit.

Bürgermeister Herdner stellt nun abschließend fest, dass es heute Abend keinen Beschluss zum Haushalt geben werde. Es werde auch kein Teilbeschluss gefasst. Man müsse die Angelegenheiten richtig aufarbeiten. Im Januar 2011 werde in der ersten Sitzung der Haushalt abgeschlossen.

Stadtrat Prof. Kühne fordert einen schriftlichen Entwurf mit den neuen Zahlen. Man solle die Kommentare bei den Hochrechnungen bitte dort auch einsetzen.

Bürgermeister Herdner geht nur zur weiteren Tagesordnung über.

TOP 6 Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

Bekanntgaben liegen keine vor.

Bürgermeister Herdner informiert den Gemeinderat darüber, dass der Neukircher Rössleplatz nun im Eigentum der Stadt Furtwangen stehe.

Stadtrat Biehler verweist auf eine Zeitungsanzeige zum Technischen Gymnasium in Donaueschingen. Er sieht hierin eine Konkurrenz zum örtlichen Technischen Gymnasium. Er bittet den Bürgermeister um Abstimmung mit dem Herrn Landrat.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder wünscht Kerndaten zur Ärzteversorgung im ländlichen Raum.

Bürgermeister Herdner bedankt sich am Ende des Jahres für die Diskussionen. Es sei ein lehrreiches Jahr für ihn gewesen. Er dankt den Mitarbeitern und der Presse. Die Pressearbeit sei fair und offen gewesen. Er schließt mit dem Wunsch für schöne Weihnachtsfeiertage und ein gutes neues Jahr 2011.

Der Dienstälteste, Stadtrat Klaus Hog, dankt seitens des Gemeinderats Bürgermeister und Verwaltung. Für Herrn Bürgermeister Herdner sei es nicht einfach gewesen. Es gebe einen defizitären Haushalt. Er habe diese Arbeit gut gemeistert. Namens des Gemeinderates dankt er für die vertrauenswürdige, offene und ehrliche Zusammenarbeit.

Bürgermeister Herdner schließt die öffentliche Gemeinderatsitzung um 20.20 Uhr.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 17 wird beurkundet.

.....
Josef Herdner
Bürgermeister

.....
Norbert Staudt
Stadtrat

.....
Dr. Ludger Beckmann
Schriftführer

.....
Franz Sauter
Stadtrat